



STUTTGARTER NACHRICHTEN



Stuttgart und Region

Unfälle zwischen Auto und Stadtbahn immer häufiger

► Seite 15

Panorama

Boybands forever: Sieben Redakteure berichten von Ekstase und Hysterie

► Seite 8

Stuttgart und Region



Fotos: Uchir/LeifPichowski, Stockbyte/Think Images, Hersteller

Viel Prominenz beim Jahresempfang unserer Zeitung im Palazzo

► Seite 16

Bundesliga aktuell

Borussia Dortmund – FC Augsburg 1:1

► Seite 23

Sport

Die Abwehr des VfB in der Analyse

► Seite 23

KINDER-NACHRICHTEN

Darum fühlt sich die Luft kälter an als sie ist

► Seite 19

Inhalt

Politik	2 – 4
Landesnachrichten	5
Unsere Leser und wir	6
Panorama	8
Wirtschaft	9 – 12
Fernsehprogramm	11
Kultur	13 – 14
Stuttgart und Region	15 – 19/22
Impressum	19
Notdienste	20
Veranstaltungen	20 – 21
Sport	23 – 26
Gewinnquoten	26
Familienseite	27
Wissenswert	28

Wetter



Mittags –7°
Nachts –13°

Wechselnde Bewölkung und weiterhin eisig kalt
► Seite 18

Feinstaubalarm Im Stadtgebiet Stuttgart ist derzeit Feinstaubalarm ausgerufen.

Kontakt

Redaktion: 07 11 / 72 05 - 0
Leserservice (Abo): 07 11 / 72 05 - 61 61



Stones in Stuttgart



Die größte und älteste Rockband der Welt gibt sich die Ehre: Zwölf Jahre nach ihrem letzten Gastspiel 2006 kehren die Herren um Mick Jagger für ein Konzert nach Stuttgart zu-

rück. Am 30. Juni spielen sie in der Mercedes-Benz-Arena. Am 22. Juni tritt die Band im Berliner Olympiastadion auf. Der exklusive Vorverkauf für Stuttgart und Berlin beginnt am

Mittwoch, 10 Uhr, der reguläre Vorverkauf am Freitag, ebenfalls um 10 Uhr. Foto: Public Ad
► Kommentar
► Kultur Seite 13

Merkels neue Generalsekretärin begeistert Parteitag

CDU spricht sich mit breiter Mehrheit für die große Koalition aus

VON CHRISTOPHER ZIEDLER

BERLIN. Jetzt fehlt nur noch das Ja der SPD: Die CDU hat sich mit breiter Mehrheit für eine erneute große Koalition ausgesprochen. Auf einem Parteitag votierten 27 der knapp 1000 Delegierten gegen das Regierungsprogramm, das auch die CSU bereits abgesegnet hat. Kanzlerin Angela Merkel warb eindringlich für das Bündnis und kündigte eine inhaltliche und personelle Neuaufstellung der Partei an. In einer für die CDU ungewöhnlich lebhaften Debatte äußerten besonders Wirtschaftspolitiker Kritik an dem Verhandlungsergebnis mit CSU und SPD. Zur neuen Generalsekretärin wurde mit einem Rekordergebnis von fast 99 Prozent die bisherige saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer gewählt. Sie kündigte an, die CDU müsse über ein neues Grundsatzprogramm diskutieren, das bis 2021 verabschiedet werden solle – das bisherige stammt von 2007.
► Seite 3

Zahnspangen: Zu viele Kinder werden zu lange behandelt

Kieferorthopädische Behandlungen überwiegend ästhetisch motiviert? – Schulmediziner wehren sich

1,2 bis 1,7 Millionen Kinder und Jugendliche tragen eine Zahnspange. Einige Kieferorthopäden kritisieren eine Überversorgung. Zahnarztverband verweist auf Ermessensspielräume.

VON WILLI REINERS

STUTTGART. Etwa zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen eines jeden Jahrgangs werden in Deutschland mit Spangen behandelt. 1,2 bis 1,7 Millionen junge Patienten sind ständig betroffen. International sei das eine einmalig hohe Rate, kritisieren die Kieferorthopäden Henning Madsen (Ludwigshafen/Mannheim) und Alexander Spassow

(Rostock). Zudem sei die Behandlungsdauer mit durchschnittlich drei Jahren zu lang.

Madsen und Spassow werfen ihren Berufskollegen vor, Kinder und Jugendliche unnötig als krank zu betrachten und damit Krankenkassen und Eltern finanziell zu belasten. „Es ist wissenschaftlich unstrittig, dass die meisten kieferorthopädischen Behandlungen ästhetisch motiviert sind und nicht gesundheitlich“, sagt Madsen unserer Zeitung. Die meisten der jungen Patienten hätten keine Probleme mit dem Kauen und Beißen. Zudem gebe es keine größeren medizinischen Risiken, die etwa mit Zahnfehlstellungen verbunden seien. Dennoch würden Eltern vor den Folgen einer Nichtbehandlung gewarnt, ohne dass diese Folgen konkret benannt würden.

Thomas Miersch, Landesvorsitzender des Berufsverbands deutscher Kieferorthopäden, weist die Kritik als „unsäglich“ zurück. „Alle Behandlungen haben eine ausschließlich medizinische Indikation, die Ästhetik ist in der Regel ein Nebenprodukt“, erklärt er. Jede Fehlstellung der Zähne habe Konsequenzen, beispielsweise könnten die Kiefergelenke Schaden nehmen.

„Die geltenden Richtlinien eröffnen den Behandlern gewisse Ermessensspielräume“, sagt dagegen Ute Maier, Vorsitzende der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg. Wie jedes medizinische Fach sei „die Kieferorthopädie gut beraten, von Zeit zu Zeit das, was man tut, zu überprüfen“. Hierzu bedürfe es belastbarer Studien.
► Seite 4

NSU-Ausschuss: FBI war 2007 nicht am Tatort in Heilbronn

STUTTGART (ull). Die amerikanische Sicherheitsbehörde FBI war nicht auf der Heilbronner Theresienwiese, als dort am 25. April 2007 die Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter erschossen wurde. Das geht nach Informationen unserer Zeitung aus einem Dokument hervor, dessen Freigabe der Landtags-Untersuchungsausschuss zur rechts-extremen Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) jetzt erreicht hat.

Wie der Ausschussvorsitzende Wolfgang Drexler (SPD) sagte, habe er die Freigabe des vom Legal Attaché bei der US-Botschaft in Berlin gezeichneten Schreibens beim FBI erwirkt. Man versuche, möglichst viel an die Öffentlichkeit zu bringen, was bislang nur als Geheimsache vorliege. „Wir haben mit dem Komplex noch nicht abgeschlossen.“
► Landesnachrichten Seite 5

Yes, we Cannstatt!

Liebe Cannstatter, ihr müsst am Bahnsteig euer Einstiegsverhalten optimieren. Ihr dürft nicht mehr alle auf einem Haufen stehen, ihr müsst euch verteilen! Die Deutsche Bahn hat dafür an Gleis 2 jetzt extra Lichtsignale in den Boden gebaut. Diesen Signalen müsst ihr folgen, brav wie ein Lämpchen. Es geht um die Zukunft des schienengebundenen Personennahverkehrs! Ja, die S-Bahn im Raum Stuttgart ist oft unpünktlich, aber das liegt an den vielen Fahrgästen. Ohne die wäre die Bahn superpünktlich. Also werdet eurer Verantwortung gerecht, liebe Cannstatter. Ihr seid die Testpersonen, und ihr schafft das! Ganz Deutschland schaut auf euch. Folgt einfach den Lichtsignalen, dann findet ihr leuchter einen Platz. (rai)
► Seite 17



Ministerin mahnt Daimler-Aktionär aus China

BERLIN (rop). Mit seinem Einstieg als größter Aktionär beim Autobauer Daimler wirft Geely-Gründer Li Shufu viele Fragen auf – nicht nur nach seinen Motiven. „Wir müssen das besonders aufmerksam betrachten“, sagte die geschäftsführende Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) unserer Zeitung. Im Daimler-Aufsichtsrat würden strategische Fragen besprochen, sagte Zypries. Wenn dort ein Vertreter eines Konkurrenzunternehmens vertreten sein sollte, könne das problematisch sein.

Zypries sieht auch Klärungsbedarf, wie es zur Beteiligung des chinesischen Investors von knapp zehn Prozent gekommen ist. Es müsse geprüft werden, ob die Meldevorschriften eingehalten worden sind.
► Leitartikel Seite 2
► Wirtschaft Seite 9

76 000 Pendler von Fahrverboten bedroht

Auswertung unserer Zeitung schätzt Anteil der Betroffenen erstmals für jede Gemeinde – Urteil für diesen Dienstag angekündigt

VON JAN GEORG PLAVEC

STUTTGART. Sollte es zu Fahrverboten für Dieselaufbauten kommen, wären davon bis zu 76 000 Pendler betroffen. Das ergibt eine Auswertung unserer Zeitung auf Grundlage der Pendlerstatistik sowie Zahlen des Kraftfahrt-Bundesamts.

Demnach müssten sich 40 500 Einpendler an Fahrverbotstagen eine Alternative für ihren Arbeitsweg überlegen. Auch Stuttgarter wären betroffen: Rund 11 000 von ihnen

pendeln täglich mit älteren Dieselfahrzeugen über die Stadtgrenze; mehr als 23 000 fahren innerhalb der Stadt zum Arbeitsplatz. Dazu kommen 1500 Pendler, die täglich die Stadt durchfahren.

Bei den Zahlen handelt es sich um Schätzungen zum Anteil der Pendler, die das eigene Auto nutzen sowie zum Anteil der Dieselpkw, die nicht die Abgasnorm Euro 6 erfüllen und deshalb von den Fahrverboten, wie sie für Stuttgart diskutiert werden, betroffen wären. In der Region Stuttgart fahren

zwischen 44 (Rems-Murr-Kreis) und 62 Prozent (Kreis Esslingen) der Pendler mit dem Auto zum Arbeiten in die Landeshauptstadt. Der Anteil der Dieselfahrzeuge liegt bei einem Drittel, davon erfüllen zwischen 70 (Stadt Stuttgart) und 84 Prozent (Kreis Göppingen) nicht die Euro-6-Norm. Diese Zahlen geben den Stand von Januar 2017 wieder, tendenziell steigt der Euro-6-Anteil aber. Neuere Daten soll es im März geben.

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig will an diesem Dienstag erklären, ob Fahr-

verbote wegen der hohen Stickoxidbelastung in Ballungsräumen zulässig sind. Im Mittelpunkt der Verhandlung steht die Frage, ob Städte Fahrverbote für Dieselfahrzeuge nach geltendem Recht anordnen können – oder ob es dafür neue, bundeseinheitliche Regelungen geben muss. Die verhandelten Fälle beziehen sich auf Fahrverbote in Stuttgart und Düsseldorf für Dieselfahrzeuge, die nicht die Euro-6-Norm erfüllen.
► Landesnachrichten Seite 5
► Stuttgart und Region Seite 18

jan.welke@stzn.de

Anfeindungen setzen Tafel-Chef zu

Ruhrgebiet Nach Kritik an der Essener Tafel droht deren Chef Jörg Sartor mit Rücktritt.

Die Essener Tafel kommt nicht zur Ruhe. Gegen den Vorsitzenden des Tafel-Vereins in der Ruhrgebietsstadt, Jörg Sartor (62), werden weitere Rassismuskritiken erhoben. Zudem beschmierten Unbekannte in der Nacht zum Sonntag Fahrzeuge und Türen der Tafel mit Parolen wie „Fuck Nazis“. Angesichts der Anfeindungen droht Sartor, der mit der Vereinsführung einen Aufnahmestopp für Ausländer verfügt hatte, nun mit dem Rücktritt. „Ich bin kurz davor hinzuschmeißen“, sagte der Vereinschef. Es sei eine „Schweineerei, unsere Leute so zu diffamieren“, sagte er der „Bild“-Zeitung.

Die Ankündigung der Tafel, bis auf Weiteres nur noch Bedürftige mit deutschem Pass als neue Kunden aufzunehmen, hatte



Ende vergangener Woche empörte Reaktionen ausgelöst. Unter anderem hatte Bundessozialministerin Katarina Barley (SPD) erklärt, eine Gruppe von Menschen pauschal auszuschließen fördere Vorurteile und Ausgrenzung. Tafel-Vereine im gesamten Bundesgebiet schlossen sich der Kritik an.

„Jetzt hauen die Politiker auf uns ein, ohne sich zu informieren.“

Jörg Sartor, Tafelchef in Essen

„Jetzt haut ein Haufen Politiker auf uns ein, ohne sich zu informieren“, beklagte Sartor. „Die sollen sich mal hierherbewegen und vor Ort mitarbeiten – danach können sie sich gerne äußern.“ Zugleich betonte er, dass er sich vom Zuspruch populistischer Politiker distanzieren. „Ich lasse mich vor keinen Karren spannen, weder von linken Politikern noch von rechten“, erklärte er.

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel schaltete sich am Montag in die Debatte ein. „Ich glaube, da sollte man nicht solche Kategorisierungen vornehmen“, sagte sie dem Sender RTL. „Das ist nicht gut, aber es zeigt auch den Druck, den es gibt.“

Die umstrittene Entscheidung hatte der Vorstand der Tafel damit begründet, dass der Anteil der Migranten unter den 6000 Menschen, die regelmäßig Lebensmittel erhielten, auf 75 Prozent gestiegen sei. Ältere Menschen und Alleinerziehende würden schlechender verdrängt. Vor allem das Verhalten junger männlicher Flüchtlinge sei teils problematisch gewesen. „Viele Flüchtlinge verhalten sich anders. Die Anstellmentalität ist häufig nicht so da, die Erwartungshaltung ist höher. Es ist so, dass viele meinen, wir wären verpflichtet, Lebensmittel auszugeben, wir wären eine staatliche Einrichtung. Sind wir aber nicht“, sagte Jürgen Sartor der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“. Die Tafel wolle den Aufnahmestopp aufheben, wenn das Verhältnis ausgeglichener sei. *wir/dpa/KNA*

Öffentlicher Dienst

Warnstreiks wahrscheinlich

Zum Start der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst in Potsdam sind die Positionen von Arbeitgeber und Gewerkschaften hart aufeinandergeprallt. Wegen des Ausbleibens eines Arbeitgeberangebots werden Warnstreiks in den kommenden Wochen wahrscheinlicher. Verhandelt wird über die künftige Bezahlung der 2,3 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen. Betroffen sind unter anderem Erzieher, Mitarbeiter von Müllabfuhr, Straßenreinigung, Krankenhäusern und Bundespolizisten.

„Wir wollen kräftige Lohnerhöhungen deutlich oberhalb des Niveaus der Vorjahre und eine Akzentsetzung auch für die unteren und mittleren Einkommensgruppen“, sagte Verdi-Chef Frank Bsirske am Montag in Potsdam. „Sechs Prozent ist viel zu viel“, entgegnete der Präsident des kommunalen Arbeitgeberverbands VKA, Thomas Böhle. Außer dieser prozentualen Erhöhung verlangen die Gewerkschaften einen Mindestbetrag von 200 Euro mehr pro Monat.

Die Verhandlungen sollen nach einer zweiten Runde in zwei Wochen am 16. oder 17. April enden. *dpa*

Kontakt

Politikredaktion
Telefon: 07 11/72 05-11 31
E-Mail: politik@stzn.de

Zahnspangen und Co.

Einzelne Kieferorthopäden kritisieren die Überversorgung von Kindern und Jugendlichen. Zu viele würden zu lange mit Zahnspangen malträtiert. Die Schulmedizin weist das scharf zurück.

„Der Hauptnutzen ist ästhetischer Natur“

Interview Der Arzt H. Madsen kritisiert, zu viele Kinder würden kieferorthopädisch behandelt.

Etwa 60 Prozent der Kinder und Jugendlichen jedes Altersjahrgangs sind in kieferorthopädischer Behandlung. Medizinisch zu begründen seien aber nur die wenigsten Therapien, sagt der Mannheimer Kieferorthopäde Henning Madsen. Er gehört zu den wenigen Vertretern seiner Zunft, die die Überversorgung offen thematisieren.

Herr Madsen, das kennen viele Eltern: Man geht mit Kindern zum Zahnarzt. Alles ist gut, aber dann schlägt der Zahnarzt eine Vorstellung beim Kieferorthopäden vor, weil er den Verdacht hat, dass eine Fehlstellung vorliegen könnte. Das Ende vom Lied – das Kind bekommt eine Zahnspange. Wie viel System steckt dahinter?

Zahnärzte haben grundsätzlich die Tendenz, Kinder und Jugendliche zum Kieferorthopäden zu schicken, wenn sie irgendetwas Auffälliges sehen. Dagegen ist zunächst gar nichts einzuwenden. Allerdings ist wissenschaftlich unstrittig, dass die meisten kieferorthopädischen Behandlungen ästhetisch motiviert sind und nicht gesundheitlich.

Viele Eltern wissen das nicht. Da sie nichts falsch machen wollen, gehen sie mit dem Nachwuchs eben zum Kieferorthopäden.

Zahnärzte setzen stillschweigend voraus, es sei irgendwie immer auch gut für die Gesundheit, was beim Kieferorthopäden gemacht wird. Eltern schließen sich dem an. Man kann aber Abweichungen vom Idealgebiss haben, die sogar für Laien auffällig sind, und trotzdem wird weder das Kauen beeinträchtigt, noch nehmen die Kiefergelenke Schaden. Ich glaube, die meisten Zahnärzte und Kieferorthopäden denken darüber gar nicht nach. Sie haben das Bild einer idealen Verzahnung im Kopf. Wenn sie ein Gebiss sehen, das davon abweicht, kommt die Behandlungsempfehlung reflexartig.

Warum zahlen Krankenkassen dafür? Es gibt doch in der gesetzlichen Krankenversicherung eine klare Unterscheidung zwischen dem, was medizinisch notwendig ist, und dem, was ästhetisch wünschenswert wäre. Letzteres müssen Patienten selbst zahlen.

Das liegt an einem Urteil des Bundessozialgerichts von 1972, wonach Zahn- und Kieferfehlstellungen Krankheiten seien. Das Urteil hat dazu geführt, dass die Zahl der Kieferorthopäden förmlich explodiert ist – und wir inzwischen zwei Drittel eines jeden Jahrgangs kieferorthopädisch behandeln.

Welcher Fall lag dem Urteil zugrunde?

Ein Vater hatte behauptet, seine Tochter werde an Parodontitis erkranken, wenn sie nicht kieferorthopädisch behandelt würde. Das ist aus heutiger Sicht falsch. Normalerweise schädigen schiefe Zähne das Zahnfleisch nicht. Rechtlich mögen Zahn- und Kieferfehlstellungen als Erkrankungen gelten. Medizinisch jedoch handelt es sich bei den meisten Abweichungen vom Idealgebiss, die wir sehen und behandeln, nicht um Erkrankungen.

Hunderttausende Kinder und Jugendliche werden behandelt, obwohl das rein medizinisch gar nicht indiziert ist. Müsste man das nicht revidieren?

Meines Erachtens müsste man das revidieren.



Eine Zahnspange wird angepasst. Die Behandlung dauert durchschnittlich drei Jahre.

Fotos: Microgen/Adobe Stock, Madsen

ren, ja. Aber die Krankenkassen zeigen keinerlei Interesse, obwohl bei den unter 18-Jährigen die Hälfte der Zahnausgaben allein auf die Kieferorthopädie entfallen. Gemessen am Gesamtkuchen ist das Stück vermutlich nicht groß genug. Die Kassen kümmern sich lieber um die ganz großen Ausgabenblöcke, um die Kliniken etwa oder die Arzneimittel.

Warum reagieren die Kieferorthopäden nicht mit einem Kurswechsel?

Ganz einfach: Wenn ein Kieferorthopäde einmal da ist, dann muss er auch behandeln. In Deutschland gibt es doppelt so viele Kieferorthopäden wie in manchen Nachbarländern. Und eine Praxis hat hohe Betriebs- und Investitionskosten.

Schon Grundschulkindern mit Milchgebiss werden als Patienten rekrutiert. Ergibt das Sinn?

Im Grundschulalter sind meist sechs bleibende Zähne pro Kiefer schon da. Das sind die vier Schneidezähne und der große Zuwachszahn, der Sechser. Es gibt einige wenige rechtfertigende Indikationen für eine Frühbehandlung. Aber die Tendenz ist schon, dass normalerweise viel zu früh angefangen wird.

Warum?

Das Motiv ist, die Behandlungsdauer möglichst auszudehnen. Das wird Ihnen so aber niemand sagen. Meist heißt es, es wäre besser fürs Kind.

An diesem Punkt werden Eltern weich. Wird in Deutschland zu lange behandelt?

Henning Madsen praktiziert in Mannheim und Ludwigshafen.



Ja, definitiv. Die aktive Behandlungszeit ist doppelt so lang, wie sie sein müsste. 18 bis 20 Monate sollten ausreichen. In meiner Praxis sind wir seit Jahren bei einer durchschnittlichen Behandlungsdauer von 18 Monaten. In Deutschland beträgt die vertragliche Behandlungsdauer vier Jahre, wobei im letzten Jahr das Ergebnis vermutlich nur noch überwacht wird. Ich gehe von drei Jahren aktiver Behandlungszeit im Durchschnitt aus.

Was verdient man an einer dreijährigen Behandlung?

In der gesetzlichen Krankenversicherung stehen auf dem Behandlungsplan im Durchschnitt 3000 Euro. Das übernimmt die Krankenkasse, wenn die Behandlung vor Vollendung des 18. Lebensjahres beginnt. Seit 2004 ist daneben ein Zuzahlungswesen für Wahlleistungen entstanden. Dadurch kommen noch einmal circa 1000 Euro obendrauf, die privat zugezahlt werden. Insgesamt sind wir also bei Kosten von 4000 Euro für gesetzlich Versicherte. Bei privat Versicherten kann man von 6000 bis 8000 Euro ausgehen.

Was raten Sie Eltern?

Wenn Kinder und Eltern mit den Zähnen

STREITBARER MEDIZINER

Kritisch Henning Madsen wird 1962 in Kiel geboren. Von 1983 bis 1988 studiert er Zahnmedizin an der Uni Kiel. Anschließend ist er als Zahnarzt tätig und lässt sich in einer Praxis in Mannheim sowie an der Uni Würzburg zum Kieferorthopäden weiterbilden. 1993 wird er anerkannt und lässt sich in Ludwigshafen nieder. Inzwischen unterhält er auch in Mannheim eine Praxis. 1994 wird er mit einer kritischen Untersuchung von „biologisch-ganzheitlichen“ Verfahren in der Kieferorthopädie promoviert. Seit 2001 publiziert er und hält Vorträge insbesondere zur Überversorgung mit Spangen. *StZ*

zufrieden sind, der Arzt aber sagt, man müsste etwas machen, würde ich ganz kritisch nachfragen, ob ein medizinisches Risiko mit den Befunden verbunden ist. Und wenn ja, welches? Für die Zähne, für die Kiefergelenke oder Kaumuskel? Solche Fragen sollten nachvollziehbar beantwortet werden.

Bekommt man ehrliche Antworten?

Die meisten Ärzte dürften mit solchen Fragen eher überfordert sein und ausweichend antworten. Ich habe früher auch geglaubt, dass abweichende Zahnstellungen nicht gesund seien, weil ich es so gelernt habe. Aber das stimmt eben nicht.

Häufig hört man, dass eine falsche Zahnstellung Probleme für den ganzen Oberkörper bringen kann.

Zu glauben, dass Nacken- und Rückenprobleme von abweichenden Zahnstellungen herrühren, ist zurzeit in Mode. Man hat das erforscht und herausgefunden, dass diese Annahmen falsch sind. Genauso wie die Behauptung, falsche Zahnstellungen würden zu Karies führen. Ich habe selbst die wissenschaftliche Literatur dazu ausgewertet. Es gibt dafür keinerlei Bestätigung. Andere Faktoren wie Mundhygiene und Ernährung spielen eine Rolle. Auch für Parodontalerkrankungen gilt, dass sich ein Zusammenhang nicht zeigen lässt.

Es gibt demnach keine größeren medizinischen Risiken, die mit Zahn- oder Kieferfehlstellungen verknüpft sind?

Ja, und das sollte man unbedingt ehrlich sagen. Der Hauptnutzen unserer Behandlung ist ästhetischer Natur. Deshalb ist in der Regel zu empfehlen, nicht vor Beginn der Pubertät anzufangen. Erst mit der Pubertät setzt das Schönheitsempfinden ein, erst dann kann man über den Nutzen einer solchen Behandlung sprechen – im Sinne einer mündigen Entscheidung.

Das Interview führte Willi Reiners.

Schulmedizin: Es gibt keine Überversorgung

Spangen Die Klinikdirektorin Kahl-Nieke verweist auf klare Kostenregeln für Kassenpatienten. *Von Willi Reiners*

Die Kritik der Kieferorthopäden Henning Madsen (Ludwigshafen/Mannheim) und Alexander Spasov (Rostock) am eigenen Berufsstand wird von führenden Vertretern des Fachs entschieden zurückgewiesen. „Eine kieferorthopädische Überversorgung von Kindern und Jugendlichen kann ich aus meiner klinischen Beobachtung nicht bestätigen. Die 2004 für die gesetzliche Krankenversicherung eingeführten Kieferorthopädischen Indikationsgruppen (KIG) definieren den Behandlungsbedarf genau und schieben der Überversorgung so einen Riegel vor“, sagt Bärbel Kahl-Nieke, Direktorin der Poliklinik für Kieferorthopädie am Uniklinikum Hamburg-Eppendorf. „Mehr medizinische Entschei-

dungsfreiheit“ gebe es allenfalls für Selbstzahler beziehungsweise Privatversicherte. Die KIG hatten 2004 und 2005 zu einem starken Einbruch bei den kieferorthopädischen Abrechnungsfällen von 9,9 und 6,6 Prozent geführt. Seit 2007 allerdings steigen die Zahlen laut der Statistik der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung wieder. Inzwischen ist mit rund 7,8 Millionen Abrechnungsfällen (2015) fast wieder das Niveau von vor 2004 erreicht.

„Jedes Fach hat schwarze Schafe, natürlich. Es gibt vielleicht auch einmal eine gewisse Großzügigkeit bei der Feststellung des Behandlungsbedarfs, das will ich gar nicht leugnen“, so Kahl-Nieke. Dafür gebe es aber das Gutachterwesen. Krankenkassen können Gutachter einschalten, wenn

sie Zweifel an der Notwendigkeit einer Behandlung mit Zahnspangen oder anderen kieferorthopädischen Apparaturen haben. Die AOK Baden-Württemberg hat 2014 rund 300 solcher Gutachten beauftragt. Zum Vergleich: Aktuell hat die größte Krankenkasse im Land etwa 150 000 Versicherte in kieferorthopädischer Behandlung.

Auch Eltern, deren Kindern eine Behandlung verweigert wird, können einen Gutachter einschalten. Die KIG unterscheiden bei Fehlstellungen von Kiefer und Zähnen nach fünf Schweregraden. Grad 1 und 2 dürfen nicht zulasten der Krankenkassen behandelt werden.

Kahl-Nieke verteidigt ausdrücklich die regelhafte frühe Behandlung von Kindern,



Foto: Spillner/DGZMK

„Es gibt in der Kieferorthopädie zu wenige belastbare Studien.“

Bärbel Kahl-Nieke, Klinikdirektorin

die laut Madsen und Spasov nur in Ausnahmen erfolgen sollte. „Der präventive Ansatz ist zentral für die moderne Kieferorthopädie. Einen Kreuzbiss, der auf den ersten Blick vielleicht gar nicht so schlimm aussieht, kann ich leicht beseitigen. Damit verhindere ich letztlich die Entwicklung in eine Progenie, also ein Wachstum des Unterkiefers zur Seite und nach vorn“, so die Hamburgerin. Es gehe darum, diese Dynamik zu unterbrechen.

Zugleich räumt die Professorin ein: „Es gibt in der Kieferorthopädie zu wenige belastbare Studien, die diese Dynamik aufzeigen und die den Nutzen unserer Behandlung belegen. Daran arbeiten wir bereits und müssen dies auch weiterhin tun.“